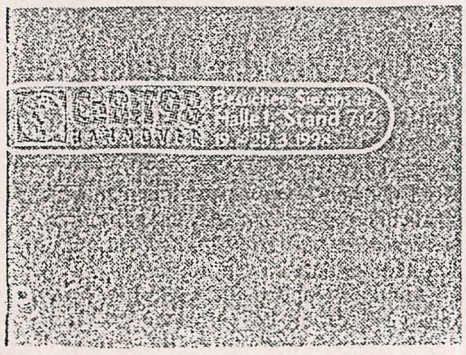
30.1.98 Frankfurter Allgemeine Zeitung

lingt es ihm eindrucksvoll, den Prozeß der schleichenden Anpassung sichtbar zu machen, so, als das Justizministerium erklärte, die Teilnahme der Beamten und Angestellten der Karlsruher Justizbehörden an einer Ansprache von Goebbels auf dem Schloßplatz sei „erwünscht". Einwirkungen auf den einzelnen, die als moralischer Druck erscheinen könnten, müßten aber vermieden werden. Je mehr die Teilnahme des einzelnen an der Kundgebung seiner freien Entschließung entspringe, desto wertvoller werde sein Bekenntnis zum neuen Staat sein. Ein Fernbleiben sei daher dem Oberlandesgerichtspräsidenten mitzuteilen.

Die Versuche der SA, ihre Angehörigen der Strafverfolgung zu entziehen, verstärkten sich, als im März 1933 die Schaffung einer eigenen SA-Gerichtsbarkeit propagiert wurde. Die Ermordung des SA-Führers Röhm Mitte 1934 machte diesen Versuchen zwar ein Ende, doch nutzten die Reichsministerien des Inneren und der Justiz das entstandene Vakuum zur Verstärkung der eigenen Einflußnahme. Der Grund für den Eintritt in die Partei sei bei einigen Richtern gewesen, durch den Hinweis auf die eigene Mitgliedschaft dem Druck der lokalen Parteiführer entgegentreten zu können. Die Justiz erledigte Eingriffe von seiten des Stellvertreters des Führers durch einfache Nichtrückgabe der Akten, doch handelte es sich hierbei bemerkenswerterweise mehrfach um ein Eingreifen gegen Sterilisierungsanordnungen.

In den Schlußkapiteln seines Buches unternimmt auch Schiller den Versuch einer Analyse der Rechtsprechung des Oberlandesgerichts Karlsruhe. Er schildert eine Reihe nationalsozialistisch beeinflußter Entscheidungen, macht aber klar, wie er diese aus den 4200 erhaltenen Zivilurteilen herausgefiltert hat. Dementsprechend kann das Ergebnis auch nur unscharf sein. Offenes Eindringen nationalsozialistischer Wertungen war selten, andererseits leisteten die Richter aber auch keinen Widerstand. Entscheidend ist, daß jedes Verfahren zum Gegenstand politischer Einflüsse werden konnte.

FRIEDRICH-CHRISTIAN SCHROEDER



„Noch ganz andere Dinge"

Diplomatische Dokumente der Schweiz aus den Jahren 1941 bis 1943

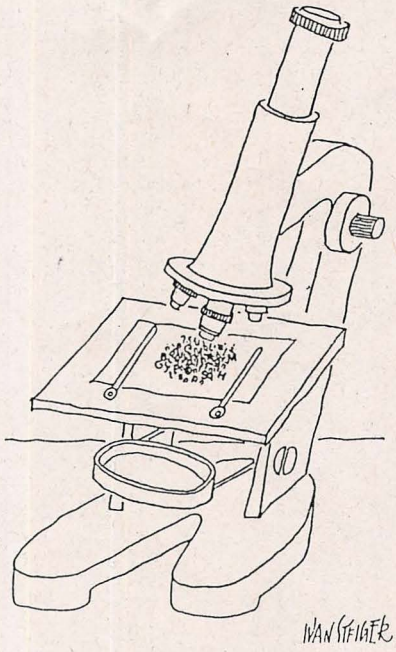
Documents Diplomatiques Suisses/Diplomatische Dokumente der Schweiz/Documenti Diplomatici Svizzeri 1848–1945. Band 14: 1. 1. 1941–8. 9. 1943. Benteli Verlag, Bern 1997, CXXXI und 1400 Seiten, 165,– Schweizer Franken.

Am 5. Mai 1943 stellte der Direktor der Eidgenössischen Handelsabteilung in Bern fest: „Die Schweiz befindet sich mehr denn je zwischen Hammer und Amboß, das heißt zwischen den englischen Forderungen auf Reduktion der kriegswichtigen Lieferungen nach Deutschland und den gegenteiligen Forderungen Deutschlands, welches möglichst viel von diesen kriegswichtigen Exporten retten möchte." Treffender als mit diesem Bild von Jean Hotz läßt sich die damalige Situation des Kleinstaates, der selbst in hohem Maße von der Zufuhr lebenswichtiger Güter abhängig war, kaum umschreiben. Das belegen die jetzt edierten 418 Hauptdokumente nebst 197 inhaltlich unmittelbar zugeordneten Annex-Schriftstücken aus den 33 Kriegsmonaten zwischen Januar 1941, als sich eine Neuordnung Kontinentaleuropas unter deutscher Führung abzuzeichnen schien, und September 1943, als die militärische Initiative längst auf die amerikanisch-britisch-sowjetische Anti-Hitler-Koalition übergegangen war und Deutschlands europäischer Bundesgenosse Italien aus der „Achse" Berlin–Rom–Tokio ausscherte.

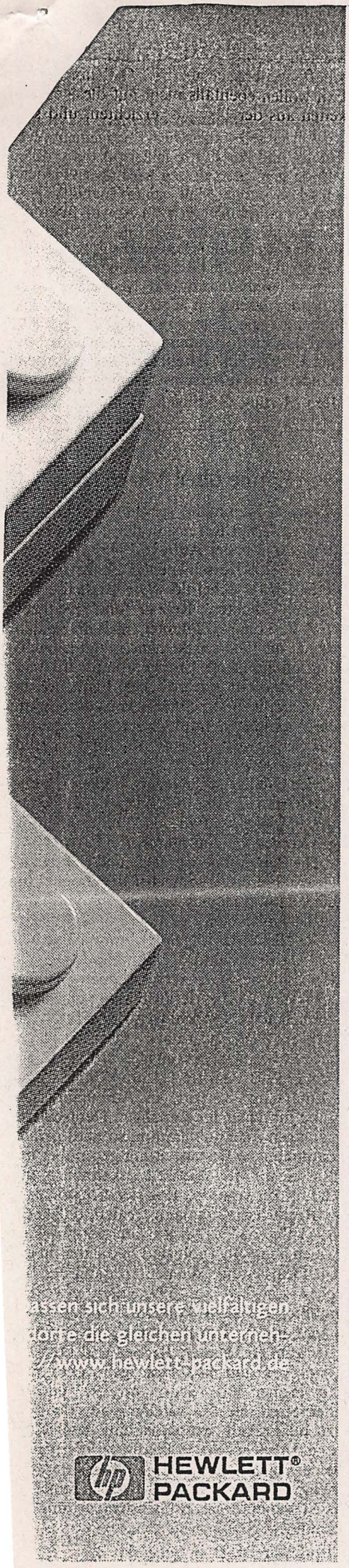
Den roten Faden durch 1400 engbedruckte und präzis-knapp lediglich aus eigenen Archivbeständen kommentierte Seiten bilden die Verhandlungen mit dem übermächtigen Nachbarn Deutsches Reich; aus dessen Machtbereich bezog die Schweiz während des Zweiten Weltkriegs viel mehr Waren, als sie dorthin lieferte. Besonders angewiesen war die Eidgenossenschaft auf die seit Mai 1941 zugesicherten 200 000 Tonnen Kohlen und 13 500 Tonnen Eisen pro Monat, neben 13 500 Tonnen Benzin, Heizöl und Schmieröl.

Die Gegenleistungen der Schweiz in Form von Franken und Exporten wurden von anglo-amerikanischer Seite heftig bemängelt. Insbesondere verstärkte London im Frühjahr 1943 den Druck auf Bern, um den Abbau der Lieferungen von „Waffen und Munitionen und anderem Kriegsmaterial in engerem Sinne" an Deutschland zu erreichen. Fast gleichzeitig kam die Drohung aus Berlin, den Preis für Kohlelieferungen (mit denen Deutschland damals etwa 500 000 Tonnen im Rückstand war) ab 1. Mai 1943 zu verdoppeln: „Falls man sich deutscherseits auf den gefaßten Beschluß versteift, besteht unzweifelhaft eine gewisse Gefahr, daß es doch noch zu einem Wirtschaftskrieg mit Deutschland kommt", so die zeitgenössische Analyse.

Natürlich geriet die Schweiz erst nach dem Fall Frankreichs im Juni 1940 in eine Massenexekutionen von Juden in Schitomir in der Ukraine), wurde immer wieder intern in Bern die in der Rückschau mehr als befremdlich anmutende Frage diskutiert, ob „Judenkinder aus Frankreich" einreisen durften, ob eine „Heimnahme der schweizerischen Israeliten" aus dem Vichy-Vasallenstaat zu erfolgen habe, ob zu den 9600 Flüchtlingen (Stand: 21. September 1942) noch weitere zu verkraften seien, „während man ursprünglich 6000 bis 7000 als tragbar erachtete", zumal zusätzlich monatlich noch etwa 5000 sich vorübergehend in der Schweiz aufhaltende Ausländer „genährt und beherbergt" werden müßten: „Emigranten, 12 000 Polen und andere Internierte nicht mitgerechnet".



Der Chef der Polizeiabteilung, Heinrich Rothmund, hielt sich vom 12. Oktober bis zum 6. November 1942 in Berlin auf, um über Visa-Erleichterungen für Schweizer zu verhandeln. Als Gestapo-Chef Heinrich Müller ihn im Gegenzug um Überstellung jüdischer Flüchtlinge bat, fragte Rothmund: „Was wollen Sie machen mit ihnen?" Der SS-Obergruppenführer antwortete laut schweizerischem Protokoll: „Das bleibe dahingestellt." Bei einem Mittagessen während der Besichtigung des Konzentrationslagers Oranienburg brüstete sich der berüchtigte Rothmund damit, daß „Volk und Behörden in der Schweiz die Gefahr der Verjudung von jeher deutlich erkannt und sich stets so dagegen gewehrt haben, daß die Nachteile der jüdischen Bevölkerung durch die Vorteile wettgemacht wurden, während das in Deutschland nicht der Fall war". Schließlich: „Die jüdische Rasse ist geschichtlich erprobt, zäh und



Natürlich geriet die Schweiz erst nach dem Fall Frankreichs im Juni 1940 in eine große Abhängigkeit von Hitler-Deutschland. So machte denn der Gesandte Thurnheer den britischen Außenminister Eden am 5. Mai 1943 darauf aufmerksam, daß die Schweiz nach Kriegsbeginn im September 1939 „unverhältnismäßig mehr den Alliierten wie der Achse geliefert" habe: 114 Millionen Franken Exporte an Deutschland und Italien in den ersten sechs Monaten, 302 Millionen Franken an die Westalliierten. Aus diesem jeweiligen Gesamtvolumen erhielten Frankreich und Großbritannien Kriegsmaterialien und Werkzeugmaschinen im Wert von 265 Millionen Franken, während an Deutschland und seine Verbündeten nur Waffen im Wert von insgesamt 8 Millionen Franken geliefert wurden. Erst seit dem deutsch-schweizerischen Wirtschaftsvertrag von 1941 sei für den „unabhängigen demokratischen Staat umgeben von Diktatorstaaten inmitten Europas" eine Wende eingetreten, so daß die Schweiz „wirtschaftlich vielleicht in den Augen der einen Kriegspartei zugunsten der anderen etwas zu weit ging".

Der geschickt tiefstapelnden diplomatischen Ausdrucksweise des Gesandten in London widerspricht der halbe Befehlston in vielen Dokumenten, die von den Erpressungsmanövern der zunächst siegesgewohnten und sogar beim militärischen Rückzug noch vor Siegesgewißheit strotzenden deutschen Verhandlungspartner zeugen. Besonderen Anstoß nahm die nationalsozialistische Führung bekannterweise seit 1933 an der Deutschland-Berichterstattung der schweizerischen Zeitungen. Allerdings wurde kaum jemand in der Reichshauptstadt je so deutlich wie der Leiter der Presseabteilung des Auswärtigen Amts, Paul Karl Schmidt, der in der Nachkriegszeit unter dem Pseudonym Paul Carell den Zweiten Weltkrieg durch zahlreiche Sachbücher und Bildbände erfolgreich vermarkten konnte. Dem Gesandten Schmidt entschlüpfte am 14. Oktober 1942 auf einer öffentlichen Pressekonferenz „in einem Augenblick des Unmutes die Bemerkung von gewissen Schweizerredaktoren, die gegen das neue Europa schrieben. Diese könnten in die Steppen Asiens auswandern, es wäre am besten, sie ins Jenseits zu befördern."

Von der Vertreibung und Vernichtung der Juden erfuhr das Eidgenössische Politische Departement nicht aus Berlin durch den Gesandten Hans Frölicher, sondern beispielsweise aus Köln durch den Generalkonsul Franz Rudolf von Weiss, der im November 1941 berichtete: „Viele unter ihnen werden meines Erachtens niemals einen Transport nach Minsk – wie ein solcher anfangs Dezember stattfinden wird – ertragen können. Sie werden es sicherlich wie viele andere ihrer Religionsgenossen vorziehen, freiwillig aus dem Leben zu scheiden." Am 8. Dezember 1941 präzisierte er aufgrund der Augenzeugenbeobachtungen von Vertrauenspersonen: „Die Behandlung, die den Juden im Osten zuteil wird, soll einfach jeder Beschreibung spotten ... Leichen von Kindern und auch von Erwachsenen lagen auf der Straße, von wo sie später von der Müllabfuhr abgeholt wurden ... Die dortigen Juden sterben vor Hunger buchstäblich wie die Fliegen."

In Kenntnis solcher Berichte, ergänzt durch Vernehmungsprotokolle deutscher Deserteure (wie am 28. Februar 1942 über wurden, während das in Deutschland nicht der Fall war". Schließlich: „Die jüdische Rasse ist geschichtlich erprobt, zäh und stark gegenüber Verfolgungen. Sie hat bisher allen Ausrottungsversuchen standgehalten und ist immer wieder gestärkt daraus hervorgegangen. Aus diesen Überlegungen scheine mir ... die heutige deutsche Methode falsch zu sein und gefährlich für uns alle, weil sie uns letztendlich die Juden auf den Hals jage." Zwar fand Rothmund bei seinen deutschen Zuhörern keine Zustimmung, jedoch seien diese „recht nachdenklich" geworden.

Selbst der als durchaus schweizfreundlich geltende Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Ernst Freiherr von Weizsäcker, dozierte bei Rothmunds Besuch in der Wilhelmstraße über sein Lieblingsthema: die antideutsch eingestellten und das bilaterale Klima vergiftenden eidgenössischen Zeitungen. Rothmund erlaubte sich nun den Hinweis, „man dürfe sich in Berlin über die Stimmung in der Schweiz nicht wundern, solange so entsetzliche Dinge geschähen wie die Judenverfolgungen". Darauf erwiderte Weizsäcker vieldeutig: „Es werden noch ganz andere Dinge geschehen in diesem Kriege." Rothmund konterte, die Zeit werde kommen, wo das Deutsche Reich froh sein werde über die unabhängige Schweiz als Nachbar. Weizsäcker antwortete spontan: „Dieser Zeitpunkt ist schon lange da."

Mit dem 14. Band der Diplomatischen Dokumente der Schweiz liegt nun der Zeitraum von 1848 bis 1945 geschlossen vor, nachdem Band 15 über die Jahre 1943 bis 1945 bereits 1992 vorveröffentlicht worden ist. Die Reihe ist übrigens nicht durch differenzierte Sachregister, sondern nur über Namens- und Ortsregister erschlossen. Keinen vollwertigen Ersatz dafür bieten die thematisch geordneten Regesten, die gleichzeitig als Inhaltsverzeichnis dienen. Jedoch wird dem gründlichen Dokumentenleser vieles geboten: Hjalmar Schachts Kritik an der schweizerischen Politik vom 27. November 1941, der Besuch des Gesandten Thurnheer bei dem seit dem spektakulären Flug vom Mai 1941 in England gefangenen ehemaligen Reichsminister Rudolf Hess am 12. Dezember 1941, mehrere Analysen der antisemitischen Einstellungen von Pierre Laval, der Bericht des Genfer Professors Naville über die Untersuchung der Massengräber polnischer Offiziere im Walde von Katyn bei Smolensk und vieles mehr. Erwähnung finden sogar drei in La Croë/Antibes zurückgelassene Blechbüchsen aus dem Besitz des Herzogs von Windsor: „Korrespondenz im Zusammenhang mit seinem Rücktritt als König", eine außerordentlich „delikate" Angelegenheit. Die Büchsen müßten – so die Ansicht des Gesandten Thurnheer – am besten „ohne Aufsehen" sichergestellt und nach Nizza in das Archiv des schweizerischen Konsulats verbracht werden.

Antoine Fleury und seine beiden Mitarbeiter Mauro Cerutti und Marc Perrenoud haben ein für die Forschung unentbehrliches Quellenwerk zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs herausgegeben. Die Edition wird vielleicht sogar zu einer Versachlichung der überhitzten Raubgold-Debatte beitragen, weil mit ihrer Hilfe Wege und Irrwege, vor allem aber auch Rahmenbedingungen und Zwänge der eidgenössischen Diplomatie gründlicher als bisher erfaßt werden können. RAINER A. BLASIUS